

**Satzung
der Ortsgemeinde Hilgert
über die Reinigung öffentlicher Straßen
vom 19. Dezember 1984, in der Fassung vom 12.10.2001**

Aufgrund des § 17 des Landesstraßengesetzes vom 01.08.1977 (GVBl S. 273), in der jetzt geltenden Fassung und des § 24 der Gemeindeordnung für Rheinland-Pfalz vom 14.12.1973 (GVBl. S. 419) zuletzt geändert durch Gesetz vom 04.03.1983 (GVBl. S.31) hat der Gemeinderat der Ortsgemeinde Hilgert in seiner Sitzung am 15.11.1984 die folgende Satzung beschlossen, die hiermit bekannt gemacht wird:

**§ 1
Reinigungspflichtige**

(1) Die Reinigungspflicht, die gemäß § 17 Abs.3 des Landesstraßengesetzes der Ortsgemeinde obliegt, wird den Eigentümern oder Besitzern derjenigen bebauten oder unbebauten Grundstücken auferlegt, die durch eine öffentliche Straße erschlossen werden oder die an sie angrenzen.

Den Eigentümern werden gleichgestellt die zur Nutzung oder zum Gebrauch dinglich Berechtigten, denen nicht nur eine Grunddienstbarkeit oder eine beschränkt-persönliche Dienstbarkeit zusteht, und die Wohnungsberechtigten (§ 1093 BGB).

Die Reinigungspflicht der Ortsgemeinde als Grundstückseigentümerin oder dinglich Berechtigten ergibt sich unmittelbar aus § 17 Abs. 3 des Landesstraßengesetzes.

(2) Als Grundstück im Sinne dieser Satzung ist ohne Rücksicht auf die Grundbuchbezeichnung jeder zusammenhängende Grundbesitz anzusehen, der eine selbständige wirtschaftliche Einheit bildet, insbesondere wenn ihm eine besondere Hausnummer zugeteilt ist.

(3) Ein Grundstück im Sinne von Abs. 1 Satz 1 gilt als erschlossen, wenn es zu einer Straße, ohne an diese zu grenzen, einen Zugang oder eine Zufahrt über ein oder mehrere Grundstücke hat.

Grundstücke, die von einer öffentlichen Straße nur über eine längere, nicht öffentliche Zuwegung erreicht werden und so im Hinterland der Straße liegen, dass sie keine dieser Straße zugeordnete Seite aufweisen, gelten nicht als erschlossen im Sinne von Abs. 1 Satz 1.

(4) Als angrenzend im Sinne von Abs.1 Satz 1 gilt auch ein Grundstück, das durch einen Graben, eine Böschung, einen Grünstreifen, einer Mauer oder in ähnlicher Weise vom Gehweg und von der Fahrbahn getrennt ist, unabhängig davon, ob es mit der Vorder-, Hinter- oder Seitenfront an einer Straße liegt; das gilt nicht, wenn ein Geländestreifen zwischen Straße und Grundstück weder dem öffentlichen Verkehr gewidmet noch Bestandteil der Straße ist oder wenn eine Zufahrt oder ein Zugang rechtlich ausgeschlossen oder aus topographischen Gründen nicht möglich oder zumutbar ist.

(5) Mehrere Reinigungspflichtige für dieselbe Straßenfläche, insbesondere mehrere Eigentümer desselben Grundstücks, Eigentümer und Besitzer oder zur Nutzung dinglich Berechtigte, Anlieger und Hinterlieger, sind gesamtschuldnerisch verantwortlich. Die Ortsgemeinde kann von jedem der Reinigungspflichtigen die Reinigung der von der Mehrheit der Reinigungspflichtigen zu reinigenden Straßenfläche verlangen. Aufgrund einer Vereinbarung soll eine der verantwortlichen Personen oder ein Dritter als reinigungspflichtig festgelegt werden. In dieser Vereinbarung kann auch ein zeitlicher Wechsel der Reinigungspflicht vereinbart werden. Die verantwortliche Person oder der Dritte ist der Ortsgemeinde auf Anforderung schriftlich anzuzeigen.

Die Ortsgemeinde kann den Reinigungspflichtigen Vorschläge für die eindeutige Festlegung der Reinigungspflicht machen.

§ 2 Reinigungspflichtige Fläche

(1) Bei angrenzenden Grundstücken (Anliegergrundstücke) umfasst die Reinigungspflicht den Teil der Straßenfläche, der zwischen der Mittellinie der Straße und der gemeinsamen Grenze von Grundstück und Straße liegt.

(2) Bei der Festlegung der Straßenmittellinie werden geringfügige Unregelmäßigkeiten im Straßenverlauf (Parkbuchten usw.) nicht berücksichtigt. Lässt sich eine Mittellinie der Straße nicht feststellen oder festlegen (z.B. bei kreisförmigen Plätzen), so wird die reinigungspflichtige Fläche durch eine Verbindungslinie zwischen den äußeren Berührungspunkten von Straße und Grundstück sowie dem Mittelpunkt der Straße (des Platzes) bestimmt.

(3) Nach den Absätzen 1 und 2 nicht aufteilbare Flächen von Kreuzungen oder Einmündungen fallen anteilig in die Reinigungspflicht der angrenzenden Eckgrundstücke. Flächen, die außerhalb einer Parallelen zur Straßengrenze im Abstand vom 10 m liegen, verbleiben in der Reinigungspflicht der Ortsgemeinde.

§ 3 **Gegenstand der Reinigungspflicht**

(1) Die Reinigungspflicht umfasst die innerhalb der geschlossenen Ortslage gelegenen öffentlichen Straßen.

(2) Geschlossene Ortslage ist der Teil des Gemeindegebietes, der in geschlossener oder offener Bauweise zusammenhängend bebaut ist. Einzelne unbebaute Grundstücke, zur Bebauung ungeeignetes oder ihr entzogenes Gelände oder einseitige Bebauung unterbrechen den Zusammenhang nicht. Zur geschlossenen Ortslage gehört auch eine an der Bebauungsgrenze verlaufende, einseitig bebaute Straße, von der aus die Grundstücke erschlossen sind.

(3) Öffentliche Straßen im Sinne dieser Satzung sind die dem öffentlichen Verkehr gewidmeten Straßen, Wege und Plätze.

Zu den öffentlichen Straßen gehören insbesondere:

1. Gehwege einschl. der Durchlässe und Fußgängerstraßen;
2. Fahrbahnen;
3. Radwege;
4. Parkplätze;
5. Straßenrinnen, Einflussöffnungen der Straßenkanäle und Seitengräben einschl. der Durchlässe;
6. Böschungen und Grabenüberbrückungen;
7. Sichtflächen innerhalb des Straßenraumes.

Gehwege im Sinne dieser Satzung sind die für den Fußgängerverkehr entweder ausdrücklich oder ihrer Natur nach bestimmten Teile der Straße ohne Rücksicht auf ihren Ausbauzustand und auf die Breite der Straße (z.B. Bürgersteige, unbefestigte Gehwege, zum Gehen geeignete Randstreifen, Bankette, Sommerwege).

§ 4 **Leistungsunfähigkeit der Reinigungspflichtigen**

(1) Bei Leistungsunfähigkeit der Reinigungspflichtigen (körperliches oder wirtschaftliches Unvermögen) führt die Ortsgemeinde an deren Stelle die Reinigungspflicht durch, soweit nicht ein Dritter beauftragt werden kann.

Ob ein Reinigungspflichtiger als leistungsunfähig anzusehen ist, entscheidet der Haupt- und Finanzausschuss.

(2) Soweit die Ortsgemeinde die Straßenreinigung durchführt, gelten die von der Reinigungspflicht freigestellten Reinigungspflichtigen als Benutzer der öffentlichen Straßenreinigung. Für die Benutzung kann die Ortsgemeinde von den freigestellten Reinigungspflichtigen aufgrund einer besonderen Satzung Gebühren erheben.

§ 5

Sachlicher Umfang der Straßenreinigung

Die Straßenreinigungspflicht umfasst insbesondere

1. das Besprengen und Säubern der Straßen (§ 6),
- 2 die Schneeräumung auf den Gehwegen (§ 7),
3. das Bestreuen der Gehwege bei Glätte (§ 8),
4. das Freihalten von oberirdischen Vorrichtungen auf der Straße, die der Entwässerung dienen, von Unrat, Eis, Schnee oder den Wasserabfluss störenden Gegenständen.

§ 6

Besprengen und Säubern der Straßen

(1) Das Säubern der Straßen umfasst insbesondere die Beseitigung von Kehricht, Schlamm, Gras, Unkraut jeder Art, die Entfernung von Gegenständen, die nicht zur Straße gehören und die Säuberung der Straßenrinnen.

(2) Kehricht, Schlamm und sonstiger Unrat sind unverzüglich nach Beendigung der Reinigung zu entfernen. Das Zukehren an das Nachbargrundstück oder das Kehren in Kanäle, Sinkkästen, Durchlässe und Rinnenläufe oder Gräben ist unzulässig.

(3) Bei wassergebundenen Straßendecken (sandgeschlemmten Schotterdecken) und unbefestigten Randstreifen dürfen keine harten und stumpfen Besen benutzt werden.

(4) Bei trockenem und frostfreiem Wetter ist vor dem Reinigen die Straße zur Verhinderung von Staubentwicklung nötigenfalls mit Wasser zu besprengen, soweit nicht besondere Umstände entgegenstehen, z.B. bei einem Wassernotstand.

(5) Die Straßen sind grundsätzlich an den Tagen vor einem Sonntag, vor einem gesetzlichen oder kirchlichen Feiertag zu reinigen, soweit nicht in besonderen Fällen eine öftere Reinigung erforderlich ist.

Außergewöhnliche Verschmutzungen sind ohne Aufforderung sofort zu beseitigen. Dies gilt insbesondere nach starken Regenfällen, Tauwetter oder Stürmen.

(6) Die Ortsgemeinde kann bei besonderen Anlässen, insbesondere bei Heimatfesten, besonderen Festakten, kirchlichen Festen, nach Karnevalsumzügen, eine Reinigung auch für andere Tage anordnen. Die Anordnung wird durch die Ortsgemeinde örtlich bekannt gegeben oder den Verpflichteten besonders mitgeteilt.

§ 7 Schneeräumung

(1) 1. Wird durch Schneefälle die Benutzung von Gehwegen (§ 3 Abs. 3), erschwert so ist der Schnee umgehend wegzuräumen.

2. Der weggeräumte Schnee ist so zu lagern, dass der Verkehr auf den Fahrbahnen und Gehwegen nicht eingeschränkt und der Abfluss von Oberflächenwässern nicht beeinträchtigt wird.

3. Auf den Gehwegen ist bei Schneefall grundsätzlich ein etwa 1,5 m breiter Streifen zu räumen. Ist kein Gehweg vorhanden, so gilt als Gehweg ein Streifen von ca. 1,5 m Breite entlang der Grundstücksgrenze.

Bei Schneefällen während der Nachtzeit ist der Schnee und Schneematsch möglichst bis zum Beginn der allgemeinen Verkehrszeiten zu räumen. Als allgemeine Verkehrszeit gilt die Zeit von 6.30 bis 21.00 Uhr. Bei Tauwetter sind die Abflussrinnen von Schnee und Schneematsch freizuhalten.

§ 6 Abs. 2 Satz 2 gilt entsprechend.

(2) Die vom Schnee geräumten Flächen der Gehwege müssen so aufeinander abgestimmt sein, dass eine durchgehende benutzbare Gehfläche gewährleistet ist. Der später Räumende muss sich insoweit an die schon bestehende Gehwegrichtung vor den Nachbargrundstücken anpassen.

§ 8 Bestreuen der Gehwege

(1) Die Streupflicht erstreckt sich auf Gehwege (§ 3 Abs. 3) bei Glätte. Soweit kein Gehweg vorhanden ist, gilt grundsätzlich als Gehweg ein Streifen von ca. 1,5 m Breite entlang der Grundstücksgrenze.

(2) Die Benutzbarkeit der Gehwege ist durch Bestreuen mit abstumpfenden Stoffen herzustellen. Eis ist zu beseitigen. Salz soll auf Gehwegen nur in geringer Menge zur Beseitigung festgefahrener und festgetretener Eis- und Schneerückstände verwendet werden.

Die Rückstände von aufgetautem Eis und Schnee sowie Rutschbahnen sind umgehend zu beseitigen.

(3) Die bestreuten Flächen der Gehwege müssen in ihrer Längsrichtung so aufeinander abgestimmt sein, dass eine durchgehend benutzbare Gehfläche gewährleistet ist. Der später Streuende hat sich insoweit an die schon bestehende Gehwegrichtung vor den Nachbargrundstücken anzupassen.

(4) Die Gehwege sind erforderlichenfalls mehrmals am Tage so zu streuen, dass während der allgemeinen Verkehrszeiten von 6.30 bis 21.00 Uhr keine Rutschgefahr besteht.

§ 9 Umfang der Reinigung

Werden öffentliche Straßen, insbesondere bei der An- und Abfuhr von Kohlen, Baumaterialien, Bodenvorkommen oder anderen Gegenständen oder bei der Abfuhr von Schutt, durch Leckwerden oder Zerschneiden von Gefäßen, beim Viehtrieb oder auf andere ungewöhnliche Weise verunreinigt, so müssen sie von demjenigen, der die Verunreinigung verursacht hat, sofort gereinigt und der zusammengekehrte Unrat beseitigt werden. Wird der Verursacher nicht ermittelt, so obliegt dem sonst zur Reinigung Verpflichteten (§ 1) auch diese außerordentliche Reinigung.

§ 10 Abwässer

Den Straßen, insbesondere den Rinnen, Gräben und Kanälen dürfen keine Spül-, Haus-, Fäkal- oder gewerbliche Abwässer zugeleitet werden. Ebenfalls ist das Ableiten von Jauche, Blut oder sonstigen schmutzigen oder übelriechenden Flüssigkeiten verboten. Das in den Rinnen und Gräben bei Frost entstehende Eis ist in der gleichen Weise zu beseitigen wie die bei Frost oder Schneefall herbeigeführte Glätte.

§ 11 Geldbuße und Zwangsmittel

(1) Wer vorsätzlich oder fahrlässig gegen die §§ 5, 6, 7, 8, 9 und 10 der Satzung oder eine aufgrund der Satzung ergangene vollziehbare Anordnung verstößt, handelt ordnungswidrig im Sinne des § 53 Abs. 1 Ziffer 2 des LStrG.

Eine Ordnungswidrigkeit kann gem. § 53 Abs. 2 LStrG mit einer Geldbuße bis zu 500,00 EUR geahndet werden. Das Bundesgesetz über Ordnungswidrigkeiten in der Fassung der Bekanntmachung vom 02.01.1980 (GVBl. I S. 80 ber. S. 520, BGBl. III 454 - 1) findet Anwendung. Zuständige Behörde im Sinne des § 36 Abs. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist die Verbandsgemeindeverwaltung Höhr-Grenzhausen.

(2) Die Anwendung von Zwangsmitteln richtet sich nach den Vorschriften des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes für Rheinland-Pfalz.

§ 12 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in Kraft. Zum gleichen Zeitpunkt tritt die Satzung vom 20.07.1959 außer Kraft.

Hilgert, den 19. Dezember 1984

Ortsgemeinde Hilgert
gez. Schaab
(Siegel)
Ortsbürgermeister

Gegen vorstehende Satzung werden keine Bedenken erhoben (§ 24 Abs. 2 GemO)

Montabaur, den 10. Dezember 1984

Kreisverwaltung
des Westerwaldkreises
(Siegel)

Im Auftrage:
gez. Hannappel
Regierungsamtmann

Veröffentlicht im Kannenbäckerland-Kurier am 25.01.1985 und damit am 26.01.1985 in Kraft getreten.

Die Satzungsänderung im Bezug auf den EURO tritt am 01. Januar 2002 in Kraft.